

Innerpolitisches.

Zur Frage der Parlamentseinberufung.

Ueber die christlichsozialen Beschlüsse, die von der freisinnigen Presse des In- und Auslandes zu giftigen Ausstreunungen über die Christlichsozialen benützt wurden, urteilt der Nationalverbändler Abg. Dr. Steinwender in der Grazer „Tagespost“:

Die deutschbürgerlichen Parteien, also die im Deutschen Nationalverband vereinigten Parteien und die Christlichsozialen, haben schon vor langer Zeit einmütig die Forderung aufgestellt, daß der Reichsrat ehestens einberufen und daß die Vorbedingungen für die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses geschaffen werden. Unter dieser scheinbaren Einmütigkeit waren aber Widersprüche gebuddelt, die durch eine einheitliche Formel nicht beseitigt werden konnten. Dem größten Teile der deutschen Abgeordneten war es in erster Linie um den Reichsrat zu tun, dem kleineren Teile um die Vorbedingungen, der größere Teil war geneigt, sich mit wenigen Vorbedingungen gegebenenfalls mit der Geschäftsordnung allein zu begnügen, der kleinere Teil betrachtete den Reichsrat samt der neuen Geschäftsordnung nur als die Krönung eines großen Gebäudes von Verordnungen. In der letzten Zeit haben sich die Christlichsozialen ohne alle Einschränkungen für die eheste Einberufung des Reichsrates, selbstverständlich unter der Geltung einer neuen Geschäftsordnung ausgesprochen. Dabei befinden sie sich im Einklang mit den deutschen Sozialdemokraten, mit der Mehrzahl der Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes, mit den slavischen Parteien und mit der vorwiegenden allgemeinen Meinung. So erscheint nicht nur das Zusammengehen der deutschbürgerlichen Parteien, sondern auch der Bestand des Deutschen Nationalverbandes in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, sich auf einer mittleren Linie zusammenzufinden. So viel steht fest, daß aus vielen Gründen die Einberufung des Reichsrates unmöglich mehr lange hinausgeschoben werden kann. Daher darf an Vorbedingungen nicht zu viel verlangt werden, sonst wird der Reichsrat zusammentreten, ohne daß auch nur eine einzige von den Vorbedingungen erfüllt ist.

Wie man sieht, geht Dr. Steinwender noch weiter als der christlichsoziale Beschluß und stellt ausdrücklich fest, daß die Mehrheit des Nationalverbandes mit den Christlichsozialen sich auch in dieser Frage in Uebereinstimmung befinde! Die Trennungsschmücke der gewissen freisinnigen Presse haben sich also wieder einmal unnötig erhöht. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, besteht übrigens kein Zweifel mehr, daß in der nächsten stattfindenden Sitzung des gemeinsamen Vollzugsausschusses der Christlichsozialen und Nationalverbändler alle Mißverständnisse aufgeklärt und beseitigt werden. Die Ueberzeugung, daß auch im deutschen Lager nicht unmöglich sein darf, was den Parteien aller anderen Nationen möglich gewesen, die Einigung und das Zusammengehen in gewissen, die Volksgesamtheit betreffenden Fragen, ist doch bereits Gemeingut der meisten bürgerlichen deutschen Politiker geworden.

Das Wiener sozialdemokratische Organ ruft heute dem österreichischen Ministerpräsidenten ein drohendes „Wehe dem Staatsmann“ zu, was sich vielleicht im Blatt Adlers gefährlicher ausnimmt, als es gemeint ist. Der Artikel knüpft an die gestrige Rede des Herrn v. Bethmann-Hollweg im preussischen Abgeordnetenhaus an und fragt großartig:

„Habet ihr je in Oesterreich ein Wort von den Regierenden vernommen, das auf eine Erweiterung der Volksrechte, auf eine Erhöhung des Einflusses des Volkes zielt? Ihr höret nur allzu oft das Gegenteil.“

Ist dies bloß Gedächtnisschwäche oder Zurücksetzung Oesterreichs hinter auswärtige Muster um jeden Preis? Die gestrigen Wahlreformversprechungen des preussischen Ministerpräsidenten in Ehren, aber was gestern Herr v. Bethmann-Hollweg als Weltkriegswirkungen für Preußen verkündete, ist bekanntlich in Oesterreich schon ein Jahrzehnt vor dem Weltkrieg, aus freiem Entschlusse der Krone verwirklicht worden, und zwar in einem Ausmaße, an das wohl auch der weltkriegsgeborene Wahlreformmeister des Herrn v. Bethmann-Hollweg für Preußen nicht im entferntesten denkt. Und die häufigen Wahlreformreden der österreichischen „Regierenden“ von damals brauchen einen Vergleich mit der gestrigen Rede des preussischen Ministerpräsidenten in keiner Weise zu scheuen. Wir wollen nur an die denkwürdige Rede des ersten der drei Wahlreformministerpräsidenten Baron Gautsch im Herrenhause erinnern. Wir haben das alles längst schon hinter uns, woran man sich in Preußen erst begeistert. Leider auch die vielen Enttäuschungen und die Erkenntnis, daß mit bloßen technischen Wahlrechts-

erweiterungen allein noch nicht allzu viel gewonnen ist. Auf den herrschenden öffentlichen Geist kommt es an, er ist das Ausschlaggebende.